

Die Wahl zum 6. Sächsischen Landtag - Wahlnachtbericht -

Inhaltsverzeichnis

1. Das Ergebnis im Überblick	1
1.1. Wahlbeteiligung	2
1.2. Gültige Parteistimmen und Veränderung zur Vorwahl	2
2. Erste Bewertung/Kommentierung	3
2.1. Die parteipolitische Konstellation nach der Wahl	3
2.2. Zur Ausgangskonstellation: Der langsame Verschleiß des Hegemons	4
2.3. Zur Stimmungslage vor der Wahl	7
2.4. Zum Wahlkampf der Parteien	8
3. Das Wahlergebnis in ausgewählten Aspekten	9
3.1. Wählermobilisierung und Wahlbeteiligung	9
4. Auskünfte der Wahltagsbefragungen	12
4.1. Wählerwanderungen	12
4.2. Wahlverhalten und Einschätzung der wirtschaftlichen Lage	13
4.3. Einschätzungen zu Regierung, Parteien, Kandidaten	14
4.4. Wahlverhalten nach ausgewählten Sozialstruktur-Merkmalen	16

1. Das Ergebnis im Überblick

	2009		2014		Veränderung	
	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
Wahlbeteiligung	52,2	132	49,2	126	-3,0	-6
CDU	40,2	58	39,4	59	-0,8	+1
DIE LINKE	20,6	29	18,9	27	-1,7	-2
SPD	10,4	14	12,4	18	+2,0	+4
FDP	10,0	14	3,8	0	-6,2	-14
Grüne	6,4	9	5,7	8	-0,7	-1
NPD	5,6	8	5,0 (4,95)	0	-0,6	-8
AfD			9,7	14	+9,7	+14

Die NPD wird bei der Verteilung der Sitze auf die Landeslisten nicht unberücksichtigt, da der ungerundete Anteil der Listenstimmen unter 5 vom Hundert der abgegebenen gültigen Listenstimmen liegt.

1.1. Wahlbeteiligung

Der neue Sächsische Landtag ist von weniger als der Hälfte der Wahlberechtigten gewählt worden. Mit 49,2% erreichte die Wahlbeteiligung einen historischen Tiefstand bei Landtagswahlen in Sachsen - war aber genauso hoch wie bei der Wahl zum Europäischen Parlament. Am Wahlabend wurde vielfach die Ferienzeit (der Wahlsonntag war der letzte Tag der Sommerferien in Sachsen) als Ursache für die gesunkene Beteiligung genannt. Dieses Argument vermag nicht zu überzeugen: Wäre der Wahlausgang offen gewesen, hätte es im Wahlkampf eine thematische Profilierung oder einen tatsächlichen Kampf um die Macht gegeben - die Wahlbeteiligung wäre deutlich höher ausgefallen. Tatsächlich war der Wahlausgang jedoch absehbar: Mit 79% der Befragten schätzten so viele Sachsen und Sächsinen wie noch bei keiner Landtagswahl die wirtschaftliche Lage als gut ein (2009: 38%; 2004: 26%; 1999: 40%) (Infratest dimap). 75% betrachten die wirtschaftliche Lage in Sachsen als besser denn in den anderen ostdeutschen Ländern (Forschungsgruppe Wahlen- FGW). Es gab kein alle anderen Themen überragendes und mobilisierendes Wahlkampfthema und, wie bereits erwähnt, keine machtpolitische Alternative zu weiteren fünf Jahren CDU-Regierung und Ministerpräsident Tillsch. Weder eine Aussicht auf Veränderung noch eine notwendige Verteidigung bestehender Machtpositionen konnte so eine besondere Mobilisierungswirkung entfalten. So verloren alle Parteien im Saldo – bis auf die Grünen – Stimmen an die Wahlenthalter. Allein die neue Partei AfD konnte vormalige Nichtwähler mobilisieren. Betrachtet man die Gesamtkonstellation der sächsischen Landtagswahl, so ließe sich die sinkende Wahlbeteiligung sowohl als Ausdruck einer allgemeinen Zufriedenheit mit dem Gang der Dinge im Land als auch als Resultat der Ohnmacht der Oppositionsparteien interpretieren: eine Partei, die CDU regiert schon (zu) lange, aber eine Ablösung ist immer noch nicht in Sicht.

Die Legitimität der gewählten Abgeordneten ficht die niedrige Wahlbeteiligung formal nicht an. 86,2% der abgegebenen gültigen Stimmen sind im neuen Sächsischen Landtag durch Mandate repräsentiert, knapp 14% sind nicht repräsentiert, wie bei der Bundestagswahl Stimmen, die mehrheitlich aus dem rechten politischen Spektrum kommen. Die Abgeordneten im neuen Landtag repräsentieren 41,8% der Wahlberechtigten, eine »größtmögliche« neue sächsische Landesregierung aus CDU und SPD könnte sich auf die aktive Zustimmung von gerade einmal einem Viertel der Wahlberechtigten berufen.

1.2. Gültige Parteistimmen und Veränderung zur Vorwahl

Absolute (Listen)Stimmen 2009 und 2014 und Veränderung				
	LTW 30.08.09	LTW 31.08.14	Gewinn/Verlust	
Wahlberechtigte	3.510.336	3.375.734	-134.602	-3,8%
Wähler	1.830.819	1.659.645	-171.174	-9,3%
Gültige Stimmen	1.797.349	1.637.364	-159.985	-8,9%
CDU	722.983	645.344	-77.639	-10,7%
Die Linke	370.359	309.568	-60.791	-16,4%
SPD	187.261	202.370	15.109	8,1%
GRÜNE	114.963	93.852	-21.111	-18,4%
NPD	100.834	81.060	-19.774	-19,6%
FDP	178.867	61.847	-117.020	-65,4%
Piratenpartei	34.651	18.160	-16.491	-47,6%
AfD		159.547	159.547	
Andere	87.431	65.616	-21.815	-25,0%

2. Erste Bewertung

2.1. Die parteipolitische Konstellation nach der Wahl

Der Sächsische Landtag ist von einem Sechs-Parteien- zu einem Fünf-Parteien-Parlament geworden. Die FDP wurde deutlich, die NPD denkbar knapp hinausgewählt, die »Alternative für Deutschland« schaffte den Einzug in das erste Landesparlament deutlich.

Die CDU hat die Wahl zum 6. Sächsischen Landtag gewonnen, insofern sie Regierungspartei bleibt, den Ministerpräsidenten stellen und rechnerisch mit jeder anderen Parteien eine Regierungsmehrheit bilden kann. Die schwarzgelbe Koalition wurde abgewählt, was insofern auch das »Verdienst« der CDU ist, als sie konsequent eine Leihstimmen-Kampagne zu Gunsten des kleinen Partners verweigerte. Schwarzgelb ist keine gesetzte Wunschkoalition mehr. Die Union verliert gegenüber 2009 gut 10% ihrer Stimmen und kommt erstmals auf weniger als 40% der gültigen Stimmen – was kein Verdienst der linken Oppositionsparteien ist, sondern der AfD. Eine Koalition mit der AfD hat die Bundes-CDU kategorisch ausgeschlossen. Das hat Gründe mit Blick auf die anstehenden Wahlen vor allem in Thüringen; es geht aber auch darum, durch die Distanz zur AfD weiterhin Druck auf die SPD ausüben zu können, die gleiche Distanz zur Linkspartei zu wahren.

Die Linke hat ihr Wahlziel verfehlt, durch eigene Stärke die CDU unter die 40% zu drücken. Die Ablösung der CDU als »ewiger Regierungspartei« durch ein rot-rot-grünes Bündnis hatte sich zudem spätestens mit der sich anbahnenden Schwäche der FDP bei der Bundestagswahl als obsolet erwiesen, da den potentiellen Partnern nun Optionen als kleinerer Partner der Union offen standen. Seitdem konnte es nur noch darum gehen, als »ewige Oppositionspartei« ein achtbares Ergebnis zu erzielen. Das ist angesichts der konstellationspolitischen Umstände und der politischen Stimmung im Lande achtbar gelungen. Allerdings: es ging ein Sechstel der Stimmen von 2009 verloren, es gibt auf den ersten Blick am Wahlabend keine Hinweise darauf, dass die strukturelle Schwäche unter jüngeren Wähler_innen überwunden und neue Wähler_innenschichten erreicht werden konnten. Von den gut 60.000 verlorenen Stimmen sind 17.000 zur AfD gewandert. Die Linke verlor ein von zwei Direktmandaten.

Die SPD fährt trotz Zuwächsen von 2 Prozentpunkten und 8% Stimmenzuwachs ein eher enttäuschendes Ergebnis ein. 12,4% sind kein Anzeichen für eine sozialdemokratische Renaissance im Freistaat. Aber mit Martin Dulig verfügt die Partei über einen Landesvorsitzenden, der seinen Bekanntheitsgrad enorm gesteigert hat. Auch werden der SPD wieder deutlich höhere Vertrauenswerte auf dem Feld der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs zugeschrieben – die sie bisher nicht in eine entsprechende Stimmensteigerung umsetzen kann.

Die Grünen verlieren fast ein Fünftel ihrer Stimmen von 2009. Schaut man auf die Wählerwanderung, dann liegt die Annahme nahe, dass das Liebäugeln mit einer schwarzgrünen Koalition Wähler zum Wechsel in Richtung SPD und Linke veranlasst haben könnte. Die innerparteilichen Richtungsdebatten werden spätestens nach den beiden kommenden Landtagswahlen zunehmen.

Die AfD wird mit 9,7% viertstärkste Partei im Landtag. Sie ist erstmals in einem Landesparlament vertreten. Sie nimmt einerseits die Funktion der »Denkzettel«- und Protestwähler-Partei ein, weist andererseits auch ein hohes Maß an überzeugten Wähler_innen aus dem wertkonservativen und rechten Wählerspektrum auf. Sie ist die eigentliche Wahlsiegerin, zudem: ihrem Erfolg sind das Ausscheiden der NPD und die Verluste der Union zu verdanken.

Die FDP ist deutlich aus dem Landtag gewählt worden, und zwar nicht allein durch die Stärke der AfD. Das Wahlverhalten der ehemaligen FDP-Wähler_innen zeigt in Richtung Abkehr von Politik und Wahlen, in Richtung nationalliberale und –konservative Wahlentscheidung (AfD, Union) und in Richtung sozial-liberale Wahlentscheidung. Die FDP ist erstmals in keiner Landesregierung mehr vertreten. In Thüringen und Brandenburg drohen weitere Misserfolge. Wie eine Rückkehr der FDP als liberale Partei aussehen könnte, ist unklarer denn je. Sie scheint nicht mehr gebraucht zu werden.

Die NPD scheiterte denkbar knapp an der Sperrklausel, blieb aber, gemessen an zwischenzeitlichen Umfragen, erstaunlich stark. In Sachsen hat sich ein rechtes Wählerspektrum über mehrere Wahlen hinweg etabliert, was durch die NPD wie auch durch rechtspopulistisches Auftreten wie das der AfD mobilisiert werden kann.

Für die Regierungsbildung in Sachsen sind zunächst Gespräche der Union mit SPD und Grünen zu erwarten. Die bundespolitischen Signale der Union, aber auch der SPD und der Grünen gehen in Richtung der Herausbildung eines neobürgerlichen Blocks regierender Parteien: Union, SPD und Grüne. Inwieweit diese drei Parteien zukünftig die Regierungsbildungen in Bund und Ländern unter sich aushandeln können und wollen, wird vermutlich an der Regierungsbildung in Thüringen entschieden, sofern das Wahlergebnis dort mehrere Optionen zulässt.

Die bereits bei der Bundestagswahl diagnostizierte Schwäche der Parteien links von der Union findet in Sachsen ihre Fortsetzung: Linke, SPD und Grüne verlieren zusammen etwa 10% ihrer Stimmen von 2009, ihr gemeinsamer Stimmenanteil sinkt von 37,4% auf 37%. Auch in Sachsen gilt, dass die schwindende Parteibindung, die Wechselbereitschaft der Wähler_innen, die politische Heimatlosigkeit vieler keinen Vorteil für die Parteien links der Union mit sich bringt. Die parteipolitischen Lager in Sachsen zeigen sich erstaunlich stabil. Bewegung und Dynamik bis hin zu wahlpolitischen Verwerfungen finden im rechten politischen Spektrum, im Lager der vermeintlich »bürgerlichen« Parteien statt.

2.2. Zur Ausgangskonstellation - Der sanfte Verschleiß des Hegemons

Der Freistaat Sachsen wird seit 1990 von der CDU regiert. Die CDU nimmt in der sächsischen Parteienlandschaft eine hegemoniale Stellung ein. Die CDU bestimmt die Rahmenbedingungen des Wahlkampfes für die anderen Parteien. Die CDU entschied sich für einen Wahlkampf in den Sommerferien und eine Wahl am letzten Ferientag, davon ausgehend, dass nach 24 Regierungsjahren große Mobilisierungserfolge nicht zu erwarten und „Bestandspflege“ am ehesten möglich sei, wenn die Mobilisierung anderer Parteien möglichst schwer gemacht werden würde. Auch wollte die CDU sich abheben von den anderen Ausgangskonstellationen in Thüringen in Brandenburg. Zu keinem Zeitpunkt gab es in Sachsen eine politische Wechselstimmung, Union und Freistaat scheinen eine auf Dauer gestellte politische Einheit zu bilden, der Ort der politischen Macht in Sachsen ist in festen Händen: die CDU regiert, Die Linke führt die Opposition. Diese Situation ist seit der Wahl 1994 stabil, Bewegung gibt es seit der Wahl 2004 traditionell rechts von der Union. Seit dieser Wahl ist ebenfalls klar: absolute Stimmenmehrheit sind für die CDU nicht mehr erreichbar, es gilt in den Wahlkämpfen den erwartbaren Verschleiß der hegemonialen Stellung möglichst weit in die Zukunft zu dehnen.

Ministerpräsident Biedenkopf regierte in den 1990er Jahren dreimal mit einer absoluten Mehrheit. Er legte den Grundstein für die landespolitische Identität Sachsens, die für alle Parteien der Landespolitik einen unhintergehbaren politischen Diskursrahmen schufen. Seine Nachfolger, Georg Milbrandt und dann Stanislaw Tillich, benötigten nach den Wahlen 2004 und 2009 zwar Koalitionspartner, Milbrandt die SPD, Tillich die FDP, setzen den Biedenkopf'schen Kurs, die CDU im öffentlichen Bild als Staatspartei und im Staatsapparat und den parastaatlichen Verwaltungen personell zu verankern, fort. 2009 trat Tillich als »Der Sachse« an, 2014 warb die Partei mit ihm als »Unser Ministerpräsident«. Stefan Locke resümierte: »Das Possessivpronomen „unser“ diente schon in der DDR als Abgrenzung, vor allem gegenüber dem Westen.« (Stefan Locke: Bloß keine unangenehmen Fragen; FAZ 29.8.2014, S.4) Auch andere Beobachter weisen daraufhin, dass die Vormachtstellung der Union im ehemals »roten Sachsen« auf die identitätsstiftende politische Sprache eines Kurt Biedenkopf in den 90er Jahren zurückgeht, der »als geschickter Psychologe den alten Glanz Sachsens hervorkramte, um in schwierigen Übergangsjahren neue Identität zu stiften«: »die fast 1000jährige Geschichte des Landes, dessen reiche Kulturlandschaft, die Musik, die Schlösser und Kirchen, das Porzellan und den berühmten Erfindungsreichtum sächsischer Tüftler und Unternehmer. Er packte die Sachsen bei ihrem Stolz: Wenn sie den Aufbau nicht schafften, wer denn bitteschön dann in Ostdeutschland?« (Bernhard Honnigfort: Auf verlorenem Posten; Berliner Zeitung, 2014, 30.8.2014, S. 3)

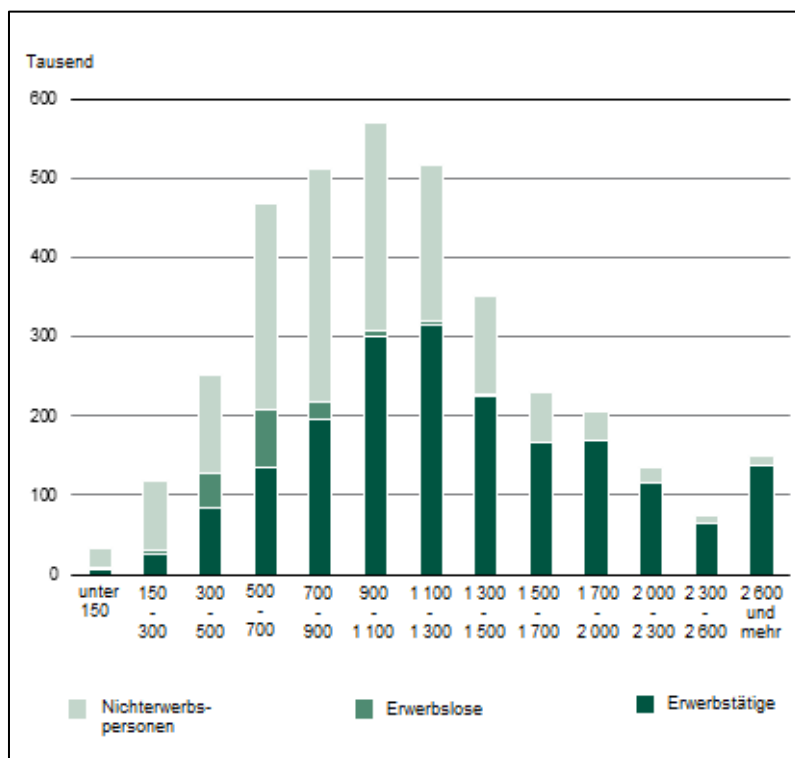
Die Biedenkopf'sche »Leuchtturmpolitik« - Förderung der Auto- und Zulieferindustrie und der Chip-Industrie – verlieh dieser politischen Ansprache den nötigen Wirklichkeitsgehalt. Lange Zeit hatte Sachsen die höchsten Wachstumsraten unter den ostdeutschen Ländern, die geringste Arbeitslosenquote, die niedrigste Pro-Kopfverschuldung. Seit 2005 liegen die Wachstumsraten zwar meist unter dem ostdeutschen Durchschnitt, doch trübt dies nicht ein positives Stimmungsbild. »Die Arbeitslosigkeit mit 8,5 Prozent auf dem tiefsten Stand seit der Neugründung des Landes. Jedes zehnte in Deutschland produzierte Auto kommt aus dem Freistaat, jeder zweite in Europa hergestellte Chip aus "Silicon Saxony". Die Region Dresden ist damit Europas größter Mikroelektronik-Cluster. Bei Investitionen in Forschung und Entwicklung ist Sachsen bundesweit Spitzenreiter, bei der Bildung sowieso - Sachsen liegt beim bundesweiten Bildungsmonitor Pisa auf Platz eins. Und sie sind Sparfüchse: Der Freistaat hat die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer. Neue Schulden sind tabu, Alt-schulden werden getilgt.« (Steffen Uhlmann, Schnelle Autos, lahme Wirtschaft; Süddeutsche Zeitung online, 30.8.2014).

	2005	2009	2012
unter 500 €	18,2%	14,9%	11,1%
500-900 €	30,2%	28,8%	27,2%
900-1300 €	29,7%	30,2%	30,1%
1300-1700 €	12,6%	14,1%	16,1%
über 1700 €	9,4%	12,0%	15,5%

Quelle: Eigene Berechnung nach <http://www.statistik.sachsen.de/html/637.htm>

Zur positiven Grundstimmung trägt sicherlich auch bei, dass in den vergangenen zehn Jahren eine merkliche Verbesserung der individuellen Einkommenslage stattfand, die auf die Herausbildung einer sozialen Einkommens-Mittelschicht deutet. Erzielten 2005 noch 18,2% aller Sächsinen und Sachsen ein monatliches Nettoeinkommen – gleich aus welcher Quelle – von unter 500 Euro, waren es 2012 nur noch 11,1%, auch die Gruppe von 500 bis 900 Euro schrumpfte, umgekehrt stieg die Besetzung der beiden oberen Gruppen teilweise stark an.

Schaubild: Bevölkerung des Freistaates Sachsen 2012 nach monatlichem Nettoeinkommen und Beteiligung am Erwerbsleben; <http://www.statistik.sachsen.de/html/637.htm>



Die regionale Einkommensarmutsquote in Sachsen liegt – Ausnahme: Leipzig - deutlich unter derjenigen der anderen ostdeutschen Länder, für die an der regionalen Kaufkraft gemessenen Armutsquote gilt dies noch deutlicher. Die wirtschaftlichen Wachstumsszahlen, die sinkenden Arbeitslosenzahlen oder auch die niedrige Verschuldungsrate korrespondieren mit verbreiteten Erfahrungen einer besseren Einkommenslage, womöglich des persönlichen sozialen Aufstiegs. Die Arbeitslosigkeit ist nicht mehr, wie in früheren Wahlkämpfen, das wichtigste Thema, wenn Tillich formuliert, die Existenzangst vieler sei gebannt, dann ist das nicht mehr wie aus

einer anderen Welt gesprochen. Die in Umfragen erfragte Stimmungslage spiegelt dies wieder. Statt »Arbeitslosigkeit/Arbeitsmarkt« als beherrschendes Thema wie 2009 werden vermeintlich »weiche Themen« wichtiger: Bildung/Schule/Ausbildung und Familie/Kinderbetreuung, also die Faktoren, die

als zentral für den individuellen wirtschaftlichen Erfolg und Vereinbarkeit diskutiert werden. Bis zu drei Viertel der Befragten bezeichneten die persönliche wirtschaftliche Lage als gut, ebenso die des Landes. Vergleichbar gut fallen die Urteile über die Lebensqualität im Land aus, entsprechend verbreitet ist der Stolz auf das Erreichte und die Zufriedenheit mit der Landesregierung – bis in die Anhängerschaft der Linken hinein.

Gegen diese allgemeine Stimmungslage ist ein frontaler Oppositionskampf wenig aussichtsreich, da ja offensichtlich die Regierung nicht alles falsch gemacht hat. Wenn gegen das Erreichte nicht recht Wahlkampf zu machen ist – weil eben nicht alles in die falsche Richtung gelaufen ist -, dann bleiben anzusprechen: die Schattenseiten, die möglichen Gefährdungen, neue Probleme, bessere Lösungen. Doch diese Ansprache der Wähler_innen und Wähler transportiert quasi als Hintergrundrauschen immer den bisherigen Erfolg der Regierungspartei und die Frage mit, ob sie nicht auch die kommenden Aufgaben besser bewältigen würde als die Opposition. Die Wahlkampfstimmung fasste Steffen Uhlmann denn auch lapidar so zusammen:

»Zufrieden mit der Landesregierung«	in %
Alle	61
CDU-Wähler	91
SPD-Wähler	58
Grünen-Wähler	58
Linke-Wähler	39
AfD-Wähler	27

Quelle: Infratest Dimap, www.tagesschau.de

Wichtigste Probleme in Sachsen	LTW 14	LTW 09
Bildung/Schule/Ausbildung	38	29
Arbeitslosigkeit/Arbeitsmarkt	29	65
Familienpolitik/Kinderbetreuung	19	9
Wirtschaftliche Situation	11	24
Kriminalität	11	4

Quelle: Infratest dimap; wahl.tagesschau.de

»Niemand muckt wirklich auf im Lande, selbst die politischen Kontrahenten bleiben seltsam blass. Ein bisschen Ärger machen sie nur, wenn es um die Einstellung von Lehrern, Kita-Kräften oder Polizisten geht. Der sächsische Wahlkampf ist fast geräuschlos durch die Sommerferien geschlichen.« (ebd.)

Dabei steht Sachsen vor den gleichen ungelösten Problemen wie andere (ostdeutsche) Bundesländer: die öffentlichen Infrastrukturen im ländlichen Raum, die wieder wachsende Kluft zwischen Stadt und Land, wegfallende Solidarpakt- und EU-Mittel, geringes eigenes Steueraufkommen aufgrund der mittelständischen Wirtschaftsstruktur, entsprechend Abhängigkeit der sächsischen Filialen von den großen Unternehmenszentralen, die alle außerhalb Sachsens angesiedelt sind...

Die Parteien links von der Union haben es in den vergangenen zwanzig Jahren nicht vermocht, eine politisch und persönlich tragfähige Basis für eine Regierungsalternative zur Union zu schaffen. Zur »ewigen Regierungspartei« CDU gehört fast wie ein Alter Ego die »ewige Oppositionspartei« PDS/DIE LINKE. Die zweitstärkste Partei im Lande schaffte es bisher bei keiner Wahl, die CDU-Regierung wirklich zu gefährden. Es reichte nie, es passte nie. Bereits 2010 begann der sächsische Landesverband einen »Dialog für Sachsen«, um neue Wählerschichten anzusprechen, um die politische Kommunikation mit der Bevölkerung zu verbreitern, um die notwendige inhaltliche landespolitische Erneuerung anzustoßen – und um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass ein erheblicher Teil der eigenen Anhänger sich auf der Gewinner-Seite der sächsischen Entwicklung sah:

Parallel dazu wurde versucht, nicht nur symbolische, sondern realpolitische Optionen für das Verlassen des Oppositionsturmes und einen Regierungs- und Politikwechsel aufzubauen und den Landesvorsitzenden Rico Gebhardt als personelle Alternative zum Ministerpräsidenten aufzubauen. Die Hürde, dass weder Sozialdemokraten noch Grün wie zuvor in Thüringen bereits sein könnten, einen Linken zum Ministerpräsidenten zu wählen, versuchte er im Vorfeld des Wahlkampfes abzuräumen mit dem Vorschlag, die drei Parteien könnten sich auf einen Parteiloosen als Ministerpräsidenten verständigen. Dieser Vorschlag stieß bei den beiden anderen Parteien

Sind Sie Gewinner oder Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung?		
Gewinner	(in %)	Verlierer
72	CDU-Wähler	13
61	SPD-Wähler	18
61	Grünen-Wähler	27
51	Linke-Wähler	30
37	AfD-Wähler	46

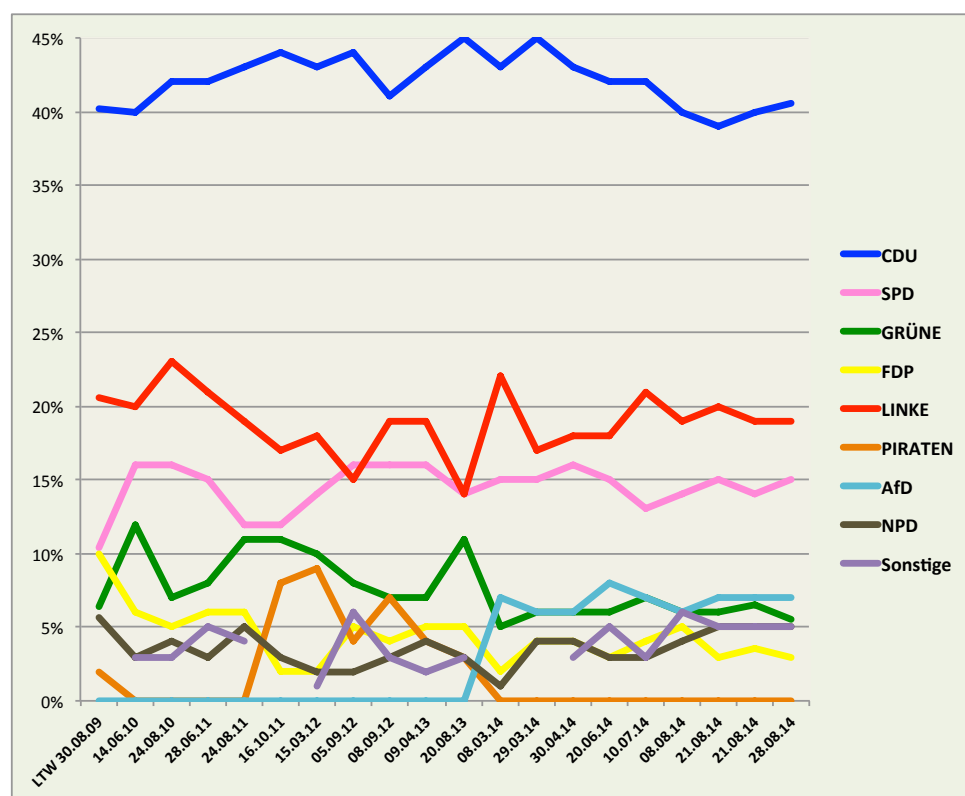
Quelle: Infratest dimap; wahl.tagesschau.de

auf wenig Gegenliebe – nicht verwunderlich, allein schon, weil darüber angesichts ihrer Mitglieder-schwäche und geringen sozialen Verankerung ihre Kenntlichkeit im Wahlkampf arg bedroht gewesen wäre. Diese geringe soziale Verankerung der potentiellen Bündnispartner ist es denn auch, die eine Regierungsalternative für Die Linke bis auf weiteres unwahrscheinlich erscheinen lässt. Sachsen ist das Bundesland, in dem Die Linke weiterhin politische Erfahrungen sammeln kann, wie es gelingt, als zweitstärkste Partei ohne reale Machtperspektive in der Opposition politische und soziale Stabilität, dann vielleicht auch Wachstum zu generieren.

2.3. Zur Stimmungslage vor der Wahl

Schaubild: Die Parteien in Sachsen im Stimmungsbild der Umfragen (»Sonntagsfrage«) seit 2009

Die politische Stimmungslage in der Landespolitik ist im Spiegel verschiedener Umfrageinstitute ein-



deutig: die Union ist weitgehend stabil auf dem Niveau des letzten Ergebnisses, ebenso DIE LINKE, über die Jahre weisen die Umfragen für beide Parteien einen leichten negativen Trend auf. Die SPD verzeichnet einen kleinen Sprung, 15 Prozent statt 10 Prozent scheinen erreichbar, ihre Umfragen haben einen positiven Trend. Umgekehrtes gilt für die Grünen. Die

Zustimmung zu den Parteien links von der Union ist stabil, wenn man vom vorübergehenden Aufschwung der Piratenpartei absieht. Bewegung in der politischen Stimmungslage findet (auch) in Sachsen seit mehreren Jahren vor allem im rechten politischen Spektrum statt. Der Verlust der absoluten Mehrheit der Union 2004 ging mit einem fulminanten Aufstieg der NPD einher (10%), 2009 profitierte die FDP von einem bundespolitischen Hoch und seit 2013 besetzt die AfD diesen Platz einer rechten und konservativen Alternative zur Union.

Die absolute Mehrheit und Alleinregierung der Union wünscht sich in Sachsen nur eine Minderheit zurück. Zwar soll Tillich Ministerpräsident bleiben (SachsenTrend von Infratest dimap vom 21.8.2014), sagen 57% der Befragten, 14% sprechen sich für Dulig aus und nur 6% für Gebhardt, aber er soll einen Koalitionspartner bekommen, bevorzugt die SPD:

Koalitionspräferenz (alle Befragten in Prozent)	sehr gut / gut	weniger gut / schlecht
Eine Koalition aus CDU und SPD wäre	54	42
Eine Koalition aus Linkspartei, SPD und Grünen wäre	35	61
Eine Alleinregierung der CDU wäre	32	66
Eine Koalition aus CDU und Grünen wäre	30	65
Eine Koalition aus CDU und FDP wäre	30	67
Eine Koalition aus CDU und AfD wäre	14	79
Quelle: Infratest Dimap, SachsenTrend, 21. August 2014		

Ginge die Regierungsbildung nach Umfrage-Mehrheiten (am Wahltag wurden analoge Werte veröffentlicht), dann bekäme Sachsen ein Abbild der Bundesregierung aus starker Union und mitregieren der SPD: an der politischen Grundrichtung soll sich nichts ändern, die beiden aus Bundessicht großen Parteien sollen für ausgleichende Stabilität der Verhältnisse sorgen. Inwieweit diese Präferenz angesichts fehlender landespolitischer Polarisierungen bzw. Verwerfungen von außenpolitischen Themen (Ukraine/Russland; Irak/Syrien/IS) überlagert ist, muss vorerst dahingestellt bleiben.

2.4. Zum Wahlkampf der Parteien

Die CDU führte einen präsidialen Wahlkampf als sächsische Staatspartei: »Unser Ministerpräsident. Mit Mut. Mit Weitsicht. Miteinander.« war die zentrale Botschaft. Unter dem Motto »Füreinander« wurden auf den Themenplakaten angesprochen: »Gute Arbeit«, »starke Familien«, »Sicherheit«, »Bildung und Forschung«. Der Wahlkampf baute darauf, dass Tillich Ministerpräsident bleiben würde, aber nicht unbedingt die schwarzgelbe Koalition Bestand haben müsste. Niedersachsen vor Augen, wurde plakatiert: »Zweitstimme für Stanislaw Tillich«, also keine Zeitstimmekampagne für die FDP. Vorstellen könne er sich auch eine Koalition mit der SPD oder mit den Grünen. Auch ein Bündnis mit der AfD schloss Tillich nicht aus, was die Unions-Spitze und auch die Kanzlerin in der letzten Wahlkampfwoche zu der Klarstellung veranlasste, dass für die Union ein Bündnis mit der AfD auch in den Ländern nicht in Frage komme.

DIE LINKE plakatierte, eingedenk der Stimmungslage im Land: »Wirtschaftskraft und anständige Einkommen!«, »Pisa-Lob und weniger Schulabbrecher!«, »Industrietradition und Energiewende!«, »Leistungswille und Solidarität«, »Sächsisch und weltoffen!«, »Investitionen in Stadt und Land!« Das verbindende „Und“ sollte die öffentlich wahrgenommenen positiven Seiten mit den offenen Baustellen und Schattenseiten verknüpfen, gegen eine vermeintliche Einseitigkeit der Landesregierung die Unzufriedenen anzusprechen. Die Selbstverständlichkeit, dass Demokratie vom Wechsel zwischen Regierungs- und Oppositionsbank lebt, wurde angesprochen: »25 Jahre CDU sind genug!«, wie es auf einer Großfläche hieß, ließ sich damit nicht massenwirksam begründen, zumal nicht in Verbindung mit »Stillstand« und »Langeweile«. So diente die Tonlage, der »Sound« des Wahlkampfes vor allem dazu, all diejenigen anzusprechen, die eine erneute CDU-Regierung nicht wollen, weil es anders besser ginge.

Die SPD setzte einseitig auf die Person ihres Landesvorsitzenden Martin Dulig und seinen »Küchentisch«. Ihr Wahlkampf war vor allem darauf gerichtet, über ein Höchstmaß an Personalisierung die Partei aus dem Zehn-Prozent-Ghetto herauszuführen. Dulig selbst sprach von einem Zehnjahresprogramm. Die mit seiner Person verbundenen Inhalte: »Geld für Schulen, nicht für Banken!«, »Arbeit fördern! Nicht Lohndumping!«, »Stellenabbau bei der Polizei stoppen!«, »Arztpraxen im ganzen Land halten!« und »Mietwucher per Gesetz unterbinden!«.

Die Grünen setzten auf die Mobilisierung der Stammwählerschaft: »Von Natur aus grün« mit den Themen Energiewende, Überwachung, Rechtspopulismus, Verkehrspolitik, Bildungspolitik und Maschinerhaltung.

Für SPD und Grüne gilt, dass sie mit der aufkommenden Möglichkeit, dass die FDP nicht mehr in

den Landtag kommt, die Distanz zur Linkspartei vergrößerten und Koalitionsbereitschaft mit der Union signalisierten.

Die FDP hatte eigentlich nur ein Thema, ihr parlamentarisches Überleben, trotzig zusammengefasst in dem Plakat: »Sachsen ist nicht Berlin! Für Schwarz-Gelb: FDP wählen!« Dass die CDU gegen diese Kampagne ein eigenes Plakat setzte, dürfte die FDP schwer erschüttert haben: Die Union richtet sich auf ein parlamentarisches Machspiel ohne die FDP ein.

Der Wahlkampf der Alternative für Deutschland setzte auf landespolitische Themen, die der Landesverband bereits bei der Bundestagswahl bedient hatte: Sorgen und Nöte des ländlichen Raumes, kaum noch den Gründungsmythos Euro-Krise, dafür den Zustand von Schulen, Kriminalität und Sicherheit im grenznahen Raum, regionale Wasserwerke u.a.m. Die Spitzenkandidatin Frauke Petry verortete die Partei erstmals nicht mehr als Partei jenseits von rechts und links, sondern als »konservative (Volks-)Partei«. Angesprochen werden politische Bauchgefühle, Benachteiligungen und Missgeschicke, an denen die »Altparteien« Schuld sind: den Griechen wird geholfen, das eigene Land darbt; die Familie wird benachteiligt, Homosexuelle in der Schul- und Steuerpolitik umsorgt; Deutsche hintenangestellt, während Ausländer ins Sozialsystem einwandern; Arme benachteiligt, Banken gerettet (vgl. Justus Bender: Mut zur Aufbauschung, FAZ 194, 26.8.2014, S. 4). Einerseits fiel die Veranstaltung mit dem FPÖ-Politiker Andreas Mölzer, der die EU mit dem »Dritten Reich« verglichen und als »Negerkonglomerat« bezeichnet hatte, aus, andererseits tönnte Parteichef Lucke z.B. in Bautzen: »Zuwanderer, die mit Drogen handeln, Prostitution fördern und Sozialleistungen beziehen, sind der Nährboden für Ausländerfeindlichkeit. Wir müssen diesen Nährboden beseitigen und diese Menschen abschieben, die unser Gastrecht missbrauchen.«, womit er eindeutig ins (ehemalige) Wählerspektrum der NPD zielte.

Die NPD, sechste Partei im Landtag, verzichtete weitgehend auf öffentliche Auftritte. Von ihren inneren Auseinandersetzungen, der Trennung von Holger Apfel und seiner politischen Linie der kleinbürgerlichen Anständigkeit, hat sie wenig bekannte Personen und die alten Themen aufgeboten: Angst vor Asylbewerbern, vor Drogen, vor Muslimen.

3. Das Wahlergebnis in ausgewählten Aspekten

3.1. Wählermobilisierung und Wahlbeteiligung

Der Vergleich der sechs Landtagswahlen in Sachsen zeigt einen entscheidenden Bruch im Wahlverhalten bei der Wahl 2004 mit anschließender Stabilität: Die CDU verliert 2004 mehr als 15 Prozentpunkte. Diese Verluste bringen zwar der Linken, damals PDS, ihr bestes Wahlergebnis, es ist aber weit davon entfernt, auch nur rechnerisch mit SPD und Grünen die CDU tatsächlich von der Macht zu verdrängen. 2004 zeigte sich im Grunde, dass eine linke Regierungsalternative absehbar in Sachsen nicht zu haben ist, die Unzufriedenheit mit dem sächsischen Weg entlud sich nach rechts, in der Wahl der NPD, die die Wahrnehmung, zu den Verlierern der Entwicklung Sachsens zu gehören, in eine Identitätsbildung deutsch vs. nichtdeutsch transformierte. Die SPD steht, mit Blick auf die absoluten Stimmen, dort wo sie bereits 2004 stand, die Linke hat sich deutlich verschlechtert, auch infolge der Alterstruktur der Wählerschaft, und auch die Grünen ziehen weniger Wähler_innen an als vor zehn Jahren. Addiert man das 2004 in Richtung NPD und FDP freigesetzte Wählerpotential, so zeigt es sich als Gesamtheit erstaunlich stabil: auf NPD, AfD und FDP entfielen 2014 annähernd gleich viele absolute Stimmen. Damit sollen diese drei Parteien nicht in eins gesetzt werden, es geht lediglich darum deutlich zu machen, dass es ein flottierendes Wählerspektrum in Sachsen gibt, welches mit einer im weitesten Sinne rechts- und wettbewerbpolitischen Thematik und Ansprache erreichbar ist und deutlich weniger mit linken Themen und Ansprache.

Der Vergleich der Ergebnisse der überregionalen Wahlen in Sachsen seit 2004 bestätigt diese Eindrücke. Die Linkspartei errang 2004/2005 ihre in absoluten Stimmen besten Wahlergebnisse in Sachsen. Und sie ist wie die CDU eine Partei, die als landespolitische Partei wahrgenommen und gewählt

wird. Das zeigt für 2014 der Vergleich der Ergebnisse der Wahl zum Europäischen Parlament und zum Landtag, an denen sich jeweils 49,2% der Wahlberechtigten beteiligten. Die CDU erhielt bei der Landtagswahl deutlich mehr Stimmen als bei der Europawahl, die Linke erkennbar mehr Stimmen, während SPD und Grüne zum Teil deutlich weniger Stimmen erzielten. Die absoluten Stimmenverluste für die sächsische Linke von Landtagswahl zu Landtagswahl waren mit entsprechen mit einem Sechstel in etwa der Größenordnung der Verluste von der Bundestagswahl 2009 zur Bundestagswahl 2013.

Bemerkenswert ist insbesondere das Stimmenergebnis der AfD: Bei den drei Wahlen, an denen sie sich beteiligte, erreicht die AfD jeweils rund 160.000 Stimmen. Sie scheint ein relativ »festes« Wahlpotential unabhängig von der institutionellen Ebene der Wahl sehr gut mobilisieren zu können.

Ergebnisse der Sächsischen Landtagswahlen 1990 - 2014						
	LTW 14.10.90	LTW 11.09.94	LTW 19.09.99	LTW 19.09.04	LTW 30.08.09	LTW 31.08.14
Wahlberechtigte	3.709.210	3.586.160	3.592.456	3.554.542	3.510.336	3.375.734
Wähler	2.699.724	2.093.815	2.196.282	2.118.792	1.830.819	1.659.645
Ungültige Stimmen	66.302	30.033	32.210	38.657	33.470	22.281
Gültige Stimmen	2.633.422	2.063.782	2.164.072	2.080.135	1.797.349	1.637.364
CDU	1.417.332	1.199.883	1.231.254	855.203	722.983	645.344
(PDS) DIE LINKE	269.420	339.619	480.317	490.488	370.359	309.568
SPD	502.722	342.706	232.311	204.438	187.261	202.370
GRÜNE		85.485	55.609	106.771	114.963	93.852
NPD	17.727		29.593	190.909	100.834	81.060
FDP	138.376	36.075	23.369	122.605	178.867	61.847
Piratenpartei					34.651	18.160
AfD						159.547
Andere	287.845	60.014	111.619	109.721	87.431	65.616
Wahlbeteiligung	72,8%	58,4%	61,1%	59,6%	52,2%	49,2%
Gültige Stimmen	71,0%	57,5%	60,2%	58,5%	51,2%	48,5%
Verteilung der gültigen Stimmen						
CDU	53,8%	58,1%	56,9%	41,1%	40,2%	39,4%
(PDS) DIE LINKE	10,2%	16,5%	22,2%	23,6%	20,6%	18,9%
SPD	19,1%	16,6%	10,7%	9,8%	10,4%	12,4%
GRÜNE		4,1%	2,6%	5,1%	6,4%	5,7%
NPD	0,7%		1,4%	9,2%	5,6%	4,95%
FDP	5,3%	1,7%	1,1%	5,9%	10,0%	3,8%
Piratenpartei					1,9%	1,1%
AfD						9,7%
Andere	10,9%	2,9%	5,2%	5,3%	4,9%	4,0%
Anteile Parteistimmen an Wahlberechtigten						
CDU	38,2%	33,5%	34,3%	24,1%	20,6%	19,1%
(PDS) DIE LINKE	7,3%	9,5%	13,4%	13,8%	10,6%	9,2%
SPD	13,6%	9,6%	6,5%	5,8%	5,3%	6,0%
GRÜNE		2,4%	1,5%	3,0%	3,3%	2,8%
NPD	0,5%		0,8%	5,4%	2,9%	2,4%
FDP	3,7%	1,0%	0,7%	3,4%	5,1%	1,8%
Piratenpartei					1,0%	0,5%
AfD						4,7%
Andere	7,8%	1,7%	3,1%	3,1%	2,5%	1,9%

Quelle: Landeswahlleiter; eigene Darstellung und Berechnung

Sächsische Wahlergebnisse 2004 bis 2014								
	LTW 19.09.04	BTW 18.09.05	EP 07.06.09	LTW 30.08.09	BTW 27.09.09	BTW 22.09.13	EP 25.05.14	LTW 31.08.14
Wahlberechtigte	3.554.542	3.561.357	3.526.777	3.510.336	3.518.195	3.406.430	3.392.983	3.375.734
Wähler	2.118.792	2.695.532	1.677.354	1.830.819	2.285.953	2.368.758	1.669.244	1.659.645
Ungültige Stimmen	38.657	47.468	71.798	33.470	33.594	36.106	47.487	22.281
Gültige Stimmen	2.080.135	2.648.064	1.605.556	1.797.349	2.252.359	2.332.652	1.621.757	1.637.364
CDU	855.203	795.316	567.231	722.983	800.898	994.601	559.899	645.344
DIE LINKE	490.488	603.824	321.988	370.359	551.461	467.045	296.853	309.568
SPD	204.438	649.807	188.503	187.261	328.753	340.819	252.388	202.370
GRÜNE	106.771	126.850	107.621	114.963	151.283	113.916	97.256	93.852
NPD	190.909	126.701		100.834	89.611	76.436	57.651	81.060
FDP	122.605	269.623	157.530	178.867	299.135	71.259	41.589	61.847
Piratenpartei			17.905	34.651		58.561	25.305	18.160
AfD						157.781	164.263	159.547
Andere	109.721	75.943	244.778	87.431	31.218	52.234	126.553	65.616
Wahlbeteiligung	59,6%	75,7%	47,6%	52,2%	65,0%	69,5%	49,2%	49,2%
Gültige Stimmen	58,5%	74,4%	45,5%	51,2%	64,0%	68,5%	47,8%	48,5%
Verteilung der gültigen Stimmen								
CDU	41,1%	30,0%	35,3%	40,2%	35,6%	42,6%	34,5%	39,4%
DIE LINKE	23,6%	22,8%	20,1%	20,6%	24,5%	20,0%	18,3%	18,9%
SPD	9,8%	24,5%	11,7%	10,4%	14,6%	14,6%	15,6%	12,4%
GRÜNE	5,1%	4,8%	6,7%	6,4%	6,7%	4,9%	6,0%	5,7%
NPD	9,2%	4,8%		5,6%	4,0%	3,3%	3,6%	5,0%
FDP	5,9%	10,2%	9,8%	10,0%	13,3%	3,1%	2,6%	3,8%
Piratenpartei			1,1%	1,9%		2,5%	1,6%	1,1%
AfD						6,8%	10,1%	9,7%
Andere	5,3%	2,9%	15,2%	4,9%	1,4%	2,2%	7,8%	4,0%
Anteil der Parteistimmen an allen Wahlberechtigten								
CDU	24,1%	22,3%	16,1%	20,6%	22,8%	29,2%	16,5%	19,1%
DIE LINKE	13,8%	17,0%	9,1%	10,6%	15,7%	13,7%	8,7%	9,2%
SPD	5,8%	18,2%	5,3%	5,3%	9,3%	10,0%	7,4%	6,0%
GRÜNE	3,0%	3,6%	3,1%	3,3%	4,3%	3,3%	2,9%	2,8%
NPD	5,4%	3,6%		2,9%	2,5%	2,2%	1,7%	2,4%
FDP	3,4%	7,6%	4,5%	5,1%	8,5%	2,1%	1,2%	1,8%
Piratenpartei				1,0%	0,0%	1,7%	0,7%	0,5%
AfD						4,6%	4,8%	4,7%
Andere	3,1%	2,1%	6,9%	2,5%	0,9%	1,5%	3,7%	1,9%

4. Auskünfte der Wahltagsbefragungen

4.1. Wählerwanderungen

Auf Basis der Wahltagsbefragungen ermittelte Infratest dimap Nettosalde für die Wählerwanderungen im Vergleich zur vorherigen Landtagswahl, die in der folgenden Tabelle zusammengestellt sind:

Wählerwanderung (Salden)

Wanderung von/an	CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne	NPD	AfD	Andere	Nichtwähler
CDU		4.000	-14.000	20.000	-2.000	-4.000	-35.000	4.000	-25.000
Linke	-4.000		-2.000	4.000	5.000	-2.000	-17.000	3.000	-15.000
SPD	14.000	2.000		13.000	6.000	2.000	-9.000	-4.000	-10.000
FDP	-20.000	-4.000	-13.000		-2.000	-5.000	-18.000	-4.000	-22.000
Grüne	2.000	-5.000	-6.000	2.000		-2.000	-2.000	-8.000	1.000
AfD	35.000	17.000	9.000	18.000	2.000	16.000		40.000	15.000
NPD	4.000	2.000	-2.000	5.000	2.000		-16.000	2.000	-10.000
Andere	-4.000	-3.000	4.000	4.000	8.000	-2.000	-40.000		-24.000
Nichtwähler	25.000	15.000	10.000	22.000	-1.000	10.000	-15.000	24.000	

Quelle: Infratest dimap, www.tagesschau.de, abgerufen Stand: 22:00

Bei der Interpretation dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, dass sie keine Auskunft über die den Zeitpunkt und die Gründe der Wanderung von der einen Partei zur anderen geben. So kann die Bewegung zur AfD bereits bei der Bundestagswahl oder der Europawahl erfolgt sein, unter den AfD-Wähler_innen können sich also viele befinden, die zum zweiten oder dritten Mal die AfD gewählt haben und nicht erst in den letzten Wochen von der CDU, der Linken oder einer anderen Partei abgewandert sind.

Die Wanderungssalden zeigen mehrere besonders bemerkenswerte Aspekte:

- die CDU und die Linke haben ein »Problem« mit der AfD und der Mobilisierung der eigenen Wähler_innen;
- die Wählerschaft der FDP splittet auf in Richtung CDU, in Richtung AfD/nationalliberales Lager und in Richtung, gutwillig interpretiert, in Richtung eines vermeintlichen sozialliberalen Lagers sowie in Wahlenthalter;
- die AfD sammelt bei allen Parteien Stimmen ein, am meisten bei den Anhängern von Kleinparteien, die vermutlich die Chance sehen, mit ihrer Stimme eine Partei in den Landtag zu wählen, dann bei der CDU, am wenigsten Zulauf erhält sie von SPD und Grünen:

Zusammensetzung der AfD-Wähler nach Wahlverhalten 2009

CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne	NPD	Andere	Nichtwähler
23%	11%	6%	12%	1%	11%	26%	10%

4.2. Wahlverhalten und Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

Zum Zusammenhang von Einschätzung der wirtschaftlichen Lage, Parteianhängerschaft und Wahlverhalten wurden von den Forschungsinstituten in Sachsen verschiedene Fragen zu verschiedenen Zeitpunkten gestellt. Etwa vierzehn Tage vor dem Wahltag fragte Infratest dimap nach der allgemeinen »gesellschaftlichen Entwicklung«, ob man sich selbst eher zu den Gewinnern oder den Verlierer zählen würde (siehe auch oben unter 2.). 13% der CDU-Anhänger, 30% der Linke-Anhänger und fast die Hälfte der AfD-Anhänger sahen sich als »Verlierer«.

Sind Sie Gewinner oder Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung?		
Gewinner	(in %)	Verlierer
72	CDU-Wähler	13
61	SPD-Wähler	18
61	Grünen-Wähler	27
51	Linke-Wähler	30
37	AfD-Wähler	46

Quelle: Infratest dimap; wahl.tagesschau.de

Persönliche wirtschaftliche Situation der Wähler_innen		
gut		schlecht
80	alle	19
87	CDU	12
69	Linke	30
86	SPD	13
80	FDP	15
81	Grüne	18
65	NPD	33
73	AfD	25

Quelle: Infratest dimap

Am Wahltag fragte Infratest dimap nach der Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Situation und erhielt von den Parteiwähler_innen die nebenstehenden Antworten. Der Anteil derjenigen, die ihre eigene Lage als »gut« einschätzten lag für alle Parteien deutlich über den Prozentanteilen der »Gewinner«, so dass man folgern könnte, dass entweder Wähler_innen, die sich als »Verlierer« betrachten, ihre persönliche wirtschaftliche Lage gleichwohl als gut betrachten, also das Verlieren vor allem auch immaterielle Seiten umfasst, oder aber diejenigen, die sich als »Verlierer« sehen, parteiübergreifend stärker zur Wahlenthaltung neigten.

Eine dritte Fragestellung lautete: »Profitieren sie persönlich vom wirtschaftlichen Wachstum?« Die Antworten legen die Vermutung nahe, dass mehrheitlich keine Verbindung zwischen Wirtschaftswachstum und eigener persönlicher Lage gesehen wird, dass Wirtschaftswachstum etwas ist, was überwiegend woanders als im eigenen unmittelbaren eigenen Lebensfeld stattfindet. Nur unter den CDU-Wählern sagt eine Mehrheit, persönlich vom wirtschaftlichen Wachstums zu profitieren, bei SPD und Grünen verneint bereits eine Mehrheit einen Zusammenhang, bei Linke- und AfD-Wählern sagen drei von vier, dass bei ihnen vom Wirtschaftswachstum nichts ankäme.

Profitieren sie persönlich vom wirtschaftlichen Wachstum?		
ja	Wähler der	nein
54	CDU	44
43	SPD	54
40	Grünen	59
26	Linke	72
25	AfD	73
13	NPD	87

Quelle: Infratest dimap

Eine vorläufige Interpretation dieser auf den ersten Blick widersprüchlichen Auskünfte könnte lauten: Mit Blick auf die eigenen biographischen Erfahrungen, auf das regionale, vor allem aber internationale Umfeld wird die allgemeine Entwicklung als Gewinn betrachtet (an »Lebensqualität«, es geht »besser als«), wobei die eigene wirtschaftliche Situation positiver bewertet wird als die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung: ein Raum für gesellschaftskritische Positionen, die darauf bestehen, dass eine gute Gesellschaft mehr umfasst als wirtschaftliche Güter. Die Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage als gut verdankt sich offenbar einem eigensinnigen, moralischen Maßstab: Was nötig ist, damit es einem gut geht, was für einen selbst möglich und erreichbar ist – jedenfalls nicht den Größen, in den alltäglichen wirtschaftlichen Diskursen über Wachstumsraten usw. verhandelt werden. Der Zusammenhang zwischen »Wirtschaftswachstum« und eigener Lage ist kein unmittelbarer, sondern vermittelt über Arbeitsplätze, berufliche Zufriedenheit, Perspektiven für Kinder usw.

4.3. Einschätzungen zu Regierung, Parteien, Kandidaten

Aussagen zu den Parteien	in %
Ansichten über die CDU	
»Hat Sachsen nach vorn gebracht«	73
»Merkel sorgt dafür, dass es den Deutschen trotz der Krisen gut geht«	71
»Tillich macht keine Parteipolitik, sondern Politik für das Land«	67
»Vernachlässigt die Interessen der Arbeitnehmer«	60
Ansichten über die Linke	
»Löst zwar keine Probleme, nennt die Dinge aber bei Namen«	90
»Bemüht sich nach wie vor am stärksten um sozialen Ausgleich«	64
»Kümmert sich am ehesten um die Probleme in Ostdeutschland«	57
»Gut, dass sie in der Ukraine-Krise Verständnis für Russland hat«	56
Ansichten über die SPD	
»Fände es gut, wenn sie an der Landesregierung beteiligt wäre«	61
»Ist dank der Durchsetzung des Mindestlohns wieder glaubwürdiger«	61
»Ist keine Partei mehr für die kleinen Leute«	58
»Hat mit Hartz IV ihre Prinzipien aufgegeben«	58
»Die SPD bemüht sich am stärksten um sozialen Ausgleich«	42
Ansichten über die FDP	
»Fände es gut, wenn sie weiterhin an der Regierung beteiligt wäre«	30
»Man weiß nicht mehr, wofür sie steht«	78
»Hat in der Landesregierung nichts bewegt«	62
»Wird in der deutschen Politik nicht mehr gebraucht«	52
Ansichten über die Grünen	
»Fände es gut, wenn sie in Sachsen an der Regierung beteiligt wären«	43
»Ihnen fehlt überzeugendes Führungspersonal«	83
»Kümmern sich um Themen, die andere Parteien vernachlässigen«	60
»Man weiß nicht mehr genau, wofür sie stehen«	58
Ansichten über die NPD	
»Hat dem Ansehen Sachsens in den letzten Jahren geschadet«	
	alle 85
	AfD-Wähler 42
»Hat gezeigt, dass sie nicht zu ernsthafter politischer Arbeit fähig ist«	83
»Ist eine demokratische Partei wie alle anderen auch«	
	alle 23
	AfD-Wähler 56
»Fände es gut, wenn sie weiterhin im Landtag vertreten wäre«	10
Ansichten über die AfD	
»Finde es gut, dass sie sich für Familien mit vielen Kindern einsetzt«	62
»Löst zwar keine Probleme, nennt die Dinge aber bei Namen«	
	alle 54
	AfD-Wähler 89
»Gut, dass es eine Partei gibt, die sich gegen den Euro ausspricht«	
	alle 22
	AfD-Wähler 75
»Ist in vielen Fragen auf einer Linie mit der NPD«	36
»Spricht viele gute Dinge an, die es in der DDR gab« (nur AfD-Wähler)	47

Quelle: Infratest Dimap, www.tagesschau.de

Unter den Aussagen zu den einzelnen Parteien sollen an dieser Stelle hervorgehoben werden:

- die Vernachlässigung von Arbeitnehmerinteressen durch die Union;
- das Bemühen um sozialen Ausgleich bei der Linken bei gleichzeitiger fehlender Problemlösungskapazität;
- die steigenden Werte für die SPD bei soziale Ausgleich und sozialer Gerechtigkeit;
- die Implisions-Werte der FDP;
- die Nähe zwischen vielen AfD-Wählern und der NPD;
- der Zusammenhang zwischen AfD und kinderreichen Familien (siehe dazu den Abschnitt zum Wahlkampf der AfD)

Die Kompetenzen, die der AfD von allen Befragten zugewiesen werden, betreffen »Ausländerpolitik« und »Kriminalitätsbekämpfung« (jeweils 4%) sowie »soziale Gerechtigkeit« und »Arbeitsplätze« (je 3%). Bei den AfD-Wählern heben die Kompetenz in der »Ausländerpolitik« 42% hervor, »soziale Gerechtigkeit« 41% und »Kriminalitätsbekämpfung« 37%. Ebenso viele nennen noch die »Außenpolitik«.

Diese Kompetenzzuschreibungen der eigenen Anhänger passen zu dem Ergebnis, dass knapp 2 von 5 AfD-Wähler_innen sagen, die Partei aus »Überzeugung« gewählt zu haben und mehr als die Hälfte, dass »Enttäuschung über andere Parteien« der Grund gewesen sei.

Kompetenzen der Parteien		
	2014	2009
CDU		
Wirtschaft	60	56
Finanzen	48	39
Bildungspolitik	32	33
Familienpolitik	28	33
Linke		
Soziale Gerechtigkeit	25	24
Familienpolitik	19	18
Bildungspolitik	17	16
Integration/Ausländerpolitik	14	16
SPD		
Soziale Gerechtigkeit	31	28
Familienpolitik	30	24
Bildungspolitik	27	23
Integration/Ausländerpolitik	22	18
FDP		
Wirtschaft	4	8
Bildungspolitik	4	10
Grüne		
Umweltpolitik	47	53
Integration/Ausländerpolitik	8	10
Bildungspolitik	4	0
Familienpolitik	4	6
AfD		
Ausländerpolitik	4	
Kriminalitätsbekämpfung	4	
Arbeitsplätze	3	
Soziale Gerechtigkeit	3	

Quelle: Infratest Dimap, www.tagesschau.de

Wahlentscheidung erfolgte aus		
Überzeugung für meine Partei	Wähler der	Enttäuschung über andere Parteien
75	CDU	17
65	Grüne	26
64	FDP	26
63	SPD	30
57	Linke	35
41	NPD	53
39	AfD	54
62	alle	31

Quelle: Infratest Dimap, www.tagesschau.de

Die »Enttäuschung über andere Parteien« kann durchaus mehr beinhalten, als ihnen einen Denktzettel verpassen zu wollen. Zwar meint die Mehrheit der Befragten, die AfD-Wahl sei vor allem eine Denktzettel-Wahl und keine Überzeugungswahl, bei den AfD-Wählern fällt das Ergebnis für die Frage-Alternative Denktzettel oder Überzeugung gänzlich anders aus als bei der Fragestellung von Infratest dimap (Enttäuschung über andere vs. Überzeugung):

Gibt die Auffassung aller Befragten noch Anlass zu der Annahme, die AfD-Wähler könnten zu anderen Parteien nach der Erteilung eines »Denktzettels« zurückkehren, so scheint die Mehrheit der

AfD-Wähler die Abkehr von der vorherigen

Gründe für Wahl der AfD		
	alle Befragten	AfD-Wähler
wegen Inhalten	27	76
als Denktzettel	60	20

Quelle: FGW, www. Heute.de

Partei eher als endgültig zu betrachten.

DIE LINKE sieht sich auf dem Kompetenzfeld »Soziale Gerechtigkeit« einer wachsenden Konkurrenz der SPD ausgesetzt, die offenkundig Vertrauen zurückgewonnen hat, weit stärker, als sich dies in der Wahlentscheidung ausdrückt. Gleichzeitig verzeichnet die CDU auf diesem Feld einen erheblichen Vertrauensverlust. Ein zweites Feld, auf dem SPD und LINKE mit der CDU konkurrieren, ist die Kompetenz in der Schul- und Bildungspolitik. Auf den Feldern Arbeitsplätze, Wirtschaft, Verkehr und Kriminalität liegt die CDU deutlich vor den beiden Parteien. Auf vier von sechs Feldern, die die Sachen für die wichtigsten landespolitischen Themen halten, lag die CDU also deutlich vorn.

Wer sorgt am ehesten für soziale Gerechtigkeit?				
	1999	2004	2009	2014
CDU	38	26	22	19
Linke	23	28	24	25
SPD	20	17	28	31

Quelle: Infratest Dimap, www.tagesschau.de

Welche Partei löst die Probleme am besten?			
	CDU	Linke	SPD
Schule/Bildung	25	20	23
Soziale Gerechtigkeit	24	24	24
Arbeitsplätze	46	6	10
Wirtschaft	55	4	7
Verkehr	31	4	11
Kriminalität	34	5	9

Quelle: FGW, www. Heute.de

4.4. Wahlverhalten nach ausgewählten Sozialstruktur-Merkmalen

Übersicht Wahltags-Befragungen von Infratest dimap

Wer wählte was?							
	CDU	LINKE	SPD	AfD	Grüne	NPD	FDP
Spätentscheider	40	15	13	10	7	4	4
Erstwähler	23	14	11	12	8	10	3
Über 70jährige	47	24	15	6	2	2	3
Arbeitslose	26	28	9	13	6	11	3
Arbeiter	34	17	10	15	3	11	3
Männer	36	19	12	12	5	7	4
Frauen	43	18	13	8	6	3	3
18-24jährige	24	14					
60 Jahre und älter	45	23					
Wähler nach Tätigkeit							
Alle	40	19	12	4	6	5	10
Arbeiter	34	17	10	3	3	11	15
Angestellte	40	13	12	4	9	4	10
Selbstständige	45	11	5	7	8	5	16
Rentner	43	26	14	4	3	3	6
Arbeitslose	26	28	9	3	6	11	13
Quelle: Infratest dimap							

Übersicht Wahltagsbefragungen Forschungsgruppe Wahlen

	CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne	NPD	AfD
Frauen	43	18	13	4	6	3	8
Männer	37	19	12	5	5	7	12
unter 30	27	14	10	4	8	10	13
30 - 44	36	13	13	5	9	7	11
45 - 59	42	18	11	4	6	5	11
über 60	44	24	15	4	2	3	7
Arbeiter	40	19	11	4	3	8	11
Angestellte	39	19	14	4	7	3	9
Beamte	33	21	19	4	6	3	9
Selbstständige	42	11	9	10	8	3	12
Hauptschule	50	20	10	4	2	6	6
mittlere Reife	42	16	11	4	3	7	12
Abitur	33	19	14	5	7	3	10
Hochschule	32	23	16	5	10	2	8
Quelle: FGW, www. Heute.de							

[Zu den »Wahlberichten«](#)

Die »Wahlberichte« sind ein Projekt, das von Benjamin-Immanuel Hoff begonnen, gemeinsam mit Horst Kahrs weiterentwickelt und mittlerweile mit wechselnder Autorenschaft unter Federführung von Horst Kahrs als Teil der nationalen und internationalen Wahlberichterstattung der Rosa-Luxemburg-Stiftung fortgeführt wird. Die »Wahlberichte« erscheinen seit der Europawahl 2004 jeweils zu den Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen. Inzwischen erscheinen zuweilen auch ein »Wahlvorbericht« und »Wahllesungen«.

[Die »Wahlberichte« und linke Wahlanalysen im Netz:](#)

<http://rosalux.de/staatdemokratie/thema/parteienwahlanalysen.de>

sowie mit der Möglichkeit zur Kommentierung und Ergänzung im Blog:

<http://www.horstkahrs.de>

[Zu den Autoren](#)

Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler und Publizist, lebt in Berlin und arbeitet seit 2012 am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin mit den Arbeitsschwerpunkten Wahlforschung, Sozialstruktur- und Klassenanalyse.